

Österreich



30 Jahre Fristenlösung: Terror wieder alltäglich

Betroffene kämpfen immer noch mit hohen Kosten und dem Terror der radikalen Abtreibungsgegner. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Flexible Arbeitszeit: Massive Lohnverluste

Die Industrie fordert erneut die 60h-Woche und eine tägliche Arbeitszeit bis zu 12 Stunden. Durch wegfallende Überstundenzuschläge drohen dadurch zusätzlich noch massive Einkommensverluste. SEITE 3

Schwerpunkt



Rassismus: Fakten gegen rechte Hetzer

In Zeiten der zunehmenden Krise kommt die Hetze gegen MigrantInnen wieder in politische Mode. Doch die Fakten sprechen eine klare Sprache: Rassismus nützt nur den Unternehmern. SEITEN 4/5

Internationales



Solidarität mit den Mondi-ArbeiterInnen in Ruzomberok, Slowakei

Der Österreich-Ableger des Papierkonzerns Mondi (ehem. Neusiedler) geht im slowakischen Ruzomberok brutal gegen aktive GewerkschafterInnen vor. SEITE 7

Neuer Anschlag auf Frauen: EU will niedrigere Löhne erzwingen!



Bolkestein: Frauen bleiben auf der Strecke - Wo bleiben die Gewerkschaften? Widerstand gegen die neue EU-Richtlinie dringend notwendig

Von Barbara Fröschl und
Michael Gehmacher

Im Februar 2004 hat die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Neuregelung von "Dienstleistungen im Binnenmarkt" vorgelegt: die "Bolkestein-Richtlinie". Ziel dieser Maßnahme ist es, EU-weit einheitliche Regelungen für Dienstleistungen zu schaffen. Unternehmen soll es möglich werden, überall Dienstleistungen zu erbringen, ohne die gesetzlichen Vorschriften des jeweiligen Landes zu erfüllen. Im Klartext bedeutet das einen EU-internen Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen, die niedrigsten Umweltstandards und den geringsten KonsumentInnen-schutz. Leidtragende werden vor allem ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, sozial Schwache und insbesondere Frauen sein. Knackpunkt ist das sog. "Herkunftslandprinzip", nach dem bei grenzüberschreitender Leistungserbringung Firmen nur noch den Gesetzen ihres Herkunftslandes unterliegen. Das würde bedeuten, dass es für Unternehmer möglich und lukrativ wird, sich in Ländern mit niedrigen Sozialstandards anzusiedeln und die Dienstleistungen im Nachbarland anzubieten. Dies führt zu einem - nach Aussagen der

Kommission - durchaus beachteten "Wettbewerb der Systeme".

DIE SOZIALSTANDARDS WERDEN AUSGEHEBELT!

EU-Kommission und viele Politiker behaupten, dass bei Sozialstandards die Regelungen (etwa Kollektivverträge) des Landes gelten, in dem die Dienstleistung erbracht wird. Das ist falsch!

Indem die Kontrolle und Durchsetzung an das Herkunftsland delegiert wird, muss beispielsweise eine tschechische Heimhilfe, die in Österreich pflegt, dann vor einem tschechischen Gericht österreichische Löhne einklagen. Darüber hinaus plant die EU-Kommission den nächsten Angriff: Einen einheitlichen Niedrigstandard-Katalog auch für Sozialstandards. Dieser soll dann gegenüber dem Recht einzelner EU-Staaten bevorzugt werden.

WIEN IST BOLKESTEINVORREITER!!

Die "Bolkestein-Richtlinie" macht Druck auf den öffentlichen Dienstleistungsbereich, wie z. B. den Gesundheitsbereich, Müllabfuhr usw.. Weitere Privatisierungen und Ausgliederungen werden die Folge

sein. Mit weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ist zu rechnen (mit dem Argument, wettbewerbsfähig bleiben zu müssen). Auch die jüngsten Ausgliederungen der Gemeinde Wien sind unter dem Blickwinkel von "Bolkestein" zu sehen. So wurden z.B. mit 1. Juli 2004 große Teile der öffentlichen Sozialverwaltung in den Bereichen Altenpflege, Behindertenwesen, Wohnungshilfe und anderen in den "Fonds Soziales Wien" ausgegliedert. (siehe Vorwärts 143). Wird die Bolkesteinrichtlinie Realität, können EU-weit Unternehmer soziale Dienstleistungen in Wien anbieten, die Standards müssen dann nicht mehr den Förderrichtlinien des FSW bzw. der Gemeinde Wien entsprechen. Durch den Einsparungsdruck der Gemeinde und das EU-Gebot für politisch Verantwortliche, das billigste Angebot zu nehmen, werden verstärkt Billigstanbieter zum Zug kommen. Für Menschen in Sozialberufen bedeutet das mehr Druck auf Kollektivverträge, Betriebsvereinbarungen und Arbeitszeitregelungen. Die Situation im Pflege- und Sozialbereich ist für die ArbeitnehmerInnen oft prekär: Die Arbeitszeiten sind häufig unregelmäßig, so kann z. B. das Pflegepersonal in Kranken-

anstalten bis zu 13 Stunden an einem Tag eingesetzt werden. Oft werden keine Vollzeitstellen angeboten, die Einkommen sind niedrig und die Aufstiegschancen sind gering.

FRAUEN BESONDERS STARK BETROFFEN

Im Pflege und Sozialbereich arbeiten vor allem Frauen. In Heimen und Krankenhäusern sind es über 80%, in der mobilen Betreuung über 95%, besonders in den niedrigeren Positionen. Die immer weiter auseinander gehenden Löhne von Männern und Frauen sind stark durch die unterschiedlich gute Bezahlung von klassischen Männer- und Frauenberufen zu erklären. Es sind schon beim Berufseinstieg deutliche Einkommensnachteile von Frauen gegenüber gleichaltrigen Männern auffällig: So verdienen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren im Durchschnitt um 17,6% weniger als gleichaltrige Männer und zwischen 20 und 24 Jahren 18,9%. Gerade der Sozial- und Pflegebereich ist ein gutes Beispiel für einen klassischen "Frauenberuf". Gerade durch dieses Beispiel wird klar, wie die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen unter anderem zustande kommen. So liegt das durchschnitt-

liche Einstiegsgehalt für eine Altenfachbetreuerin bei 820 Euro netto und für eine Pflegehelferin bei 1.000 Euro netto (allerdings nur bei seltenen Vollzeitjobs). Dabei ist zu bedenken, dass die Aufstiegschancen in diesem Bereich gering sind.

GEWERKSCHAFTEN SIND GEFORDERT!

Noch ist Bolkestein nicht in Kraft. Durch den gemeinsamen Widerstand von Gewerkschaften, ArbeitnehmerInnen und einer kämpferischen Frauenbewegung kann die Richtlinie noch verhindert werden. Dazu braucht es auch eine Alternative: 1) Mindestlohn, Mindestarbeitslose und Mindestpension 1.100 Euro netto! Gerade im Pflege und Sozialbereich sieht man gut, wie wichtig ein Mindestlohn von 1.100 Euro netto wäre. Auch für die Realisierung der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein entsprechend hoher Mindestlohn eine entscheidende Voraussetzung. 2) Rücknahme von und Kampf gegen jede Privatisierung und Ausgliederung. 3) Umverteilung in den Sozialbereich - z.B. durch Wertschöpfungsabgabe.

Der Standpunkt

Sallmutter:
Ein müder Rebell geht

von Sonja Grusch



Hans Sallmutter, seit 1971 GPA-Angestellter und seit 1994 ihr Vorsitzender, tritt ab. In den 80er- und 90er-Jahren galt er als unbequem. 2001 entfernte ihn die Regierung per Gesetz als Präsident des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger, und er wurde zur Gallionsfigur gewerkschaftlicher Anti-Regierungsproteste. Nun geht er in Pension. Verliert die Gewerkschaft einen Linken?

Sallmutter hat kantige Sager von sich gegeben, ist durch Kritik an SPÖ und manchmal auch am ÖGB aufgefallen. Aber letztlich hat er sich in seiner konkreten Politik nicht wesentlich von den "rechten" Teilen der ÖGB-Bürokratie unterschieden. Sallmutter geht mit 60 in Pension. In der GPA-Zeitung "Kompetenz" meint er dazu: "Es stimmt mich aber sehr nachdenklich, dass vielen Menschen, die genauso viel gearbeitet haben, der Zugang zur Pension verwehrt wird." Ich glaube ihm das zwar, aber warum hat er dann als ÖGB-Vizepräsident der "ÖGB-Formel" 65/45/80 zugestimmt? Sallmutter wird eine Pension von 6.000,- Euro brutto beziehen und auf Grund seines hohen Einkommens in den letzten Jahrzehnten konnte er sich noch zusätzlich finanziell absichern. Abschläge sind für ihn kein (finanzielles) Problem. Das Beispiel Pension zeigt, dass moralischer Protest nicht reicht.

Sallmutter hat, wie die ÖGB-Spitze insgesamt, zwar gegen Sozialabbau protestiert, aber die Proteste waren meist halbherzig und wurden (wie z.B. 2003) zu früh beendet. Man entwickelte sogar "bessere" Kürzungsmodelle (siehe ÖGB-Formel) und half, kapitalistische Logik durchzusetzen.

Als Sallmutter von der Regierung aus dem Hauptverband entfernt wurde, war das schwarz-blaue Motiv nicht Demokratie. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz "Selbstverwaltung" jene, die am meisten einzahlen – nämlich die ArbeitnehmerInnen – nichts selbst verwalten können. Ein wirklich demokratischer Hauptverband mit aktiver Mitarbeit der Beschäftigten hätte sich gegen Regierungsangriffe effektiv verteidigen können.

Auch hier hat Sallmutter das Prinzip der Gewerkschaftsbürokratie, von oben nach unten zu agieren, umgesetzt und ist damit gescheitert. Trotz aller Unterschiede zu Verzetnitsch oder Nürnberger geht mit Sallmutter letztlich auch ein "normales Stück" der ÖGB-Bürokratie. Und wird vor allem durch ein anderes ersetzt. Ohne Abstimmung der GPA-Basis.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

30 Jahre Fristenlösung Noch immer Terror gegen Frauen

Noch immer hohe Kosten für Betroffene - Radikale AbtreibungsgegnerInnen im Vormarsch.

Von Claudia Sorger,
SLP-Frauensprecherin

Mit einer Novelle des Landessicherheitsgesetzes will Frauenstadträtin Wehsely (SPÖ) jetzt das Wegweiserecht vor Abtreibungskliniken erweitern. Es soll konkretisiert werden, was eine Belästigung im Umfeld von sozialen und medizinischen Einrichtungen ist. Für Schutzzonen müsste das Sicherheitspolizeigesetz vom Bund abgeändert werden. Der springende Punkt beim Wegweiserecht liegt in der Umsetzung. Tag für Tag stehen AktivistInnen der Organisation Human Life International (HLI) vor dem Ambulatorium am Fleischmarkt und vorm Gynmed-Ambulatorium. Dazu kommen ihre "Einsätze" vor privaten Arztpraxen. Die Polizei müsste also permanent vor den Kliniken im Einsatz sein und das Wegweiserecht exekutieren. Die Erfahrungen mit der Lucina-Klinik stimmen wenig optimistisch. Dort hätte die Polizei - schon aufgrund der bestehenden Rechtslage - die Möglichkeit gehabt, gegen HLI vorzugehen. Es lagen zahlreiche Anzeigen von belästigten Frauen vor, denen niemals nachgegangen wurde. Das Filmen des Eingangs der Klinik wurde seitens der diensthabenden Polizisten damit abgetan, dass der Mann einen Presseausweis hätte.

Wie wir in unserem Verteidigungsprozess gegen Human Life International (HLI) beweisen konnten, lag Terror und Psychoterror gegen Patientinnen und Klinikpersonal vor und es wurden Morddrohungen und Lügenpropaganda verbreitet. Es gab den Verdacht, dass die Klinik von HLI-AktivistInnen aus der Wohnung über der Klinik abgehört wird - und so Frauen vor ihren Terminen zielgenau abgepasst werden konnten. Den Anzeigen der Klinikleiterin bei der Staatsanwaltschaft folgte kein Durchsuchungsbefehl. Außerdem sind Wegweisungen wegen unzumutbarer Belästigungen laut Brigitte Hornyik vom Verein österreichischer Juristinnen jetzt schon möglich.

SLP: AKTIV GEGEN
DEN TERROR DER RADIKALEN
ABTREIBUNGSGEGNERINNEN

Die SLP führte von Anfang 2001 bis Mitte 2004 eine Kampagne zur Verteidigung der Lucina-Klinik. Diese Klinik war in besonderem Ausmaß vom HLI-Terror betroffen und musste letztlich zusperren. Die SPÖ-Frauen wurden regelmäßig über die Zustände rund um die Klinik aufmerksam gemacht. Es gab seitens der SPÖ weder Artikel in der Bezirkszeitung noch eine Beteiligung an Kundgebungen. Nichts geschehen



SLP-Kundgebung gegen radikale Abtreibungsgegner

seitens der SPÖ ist auch gegen die von HLI in der ehemaligen Lucina-Klinik errichtete "Baby-Holocaust-Gedenkstätte". Bereits im Juni 2004 haben wir bei einer Kundgebung vor der Bezirksvertretungssitzung eine Resolution mit Unterschriften von AnrainerInnen an Bezirksvorsteher Kubik (SPÖ) übergeben. In der darauf stattfindenden Bezirksvertretungssitzung wurde ein Antrag aller vier Parteien beschlossen, in dem sich die Bezirksvertretung gegen das "Baby-Holocaust-Museum" ausgesprochen hatte. Seit letztem Dezember wird das "Maria Restituta Lebensschutzmuseum und Baby-Holocaust-Gedenkstätte" im Schaufenster des HLI-Zentrums in der Großen Sperrgasse beworben. Daneben befinden sich Fotos der Müllver-

brennungsanlage Simmering mit dem Hinweis, dass dort "österreichische Kinder" verbrannt werden. Kurz vor Weihnachten hielten wir eine Protestkundgebung ab. Von der Bezirksvertretung gibt es bis jetzt keine Reaktion.

WIR FORDERN:
KOSTENLOSER SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH IN
ÖFFENTLICHEN FRAUENGESUNDHEITSCENTREN

Wenn die von der SPÖ angegangene Erweiterung des Wegweiserechtes eine Einschränkung der Belästigung zur Folge hätte, dann wäre das ein Fortschritt. Doch effektiv gegen den Terror von HLI und anderen radikalen Abtreibungsgegnern kann nur über eine politische Mobilisierung vorgegangen werden. Was wir

brauchen, ist eine Bannmeile für radikale Abtreibungsgegner rund um Kliniken - umgesetzt durch eine gemeinsame Mobilisierung von Betroffenen und AnrainerInnen und eine sofortige Schließung des "Baby-Holocaust-Museums". Schwangerschaftsabbruch muss endlich auf Krankenschein in öffentlichen Frauengesundheitszentren durchgeführt werden können.

TERMIN

Dienstag, 15. März, Wien

KUNDGEBUNG "Schließung des Baby-Holocaust-Museums"

Ab 15⁰⁰ Uhr, vor der Bezirksvertretungssitzung, Wien 2., Karmelitergasse 9

Österreich rüstet auf - Zivildienener weiter im Out!

SPÖ, ÖVP, FPÖ und GRÜNE treten für eine hochgerüstete EU-Kampftruppe ein



Peter Regner, SLP Wien-Nord, derzeit Zivildienener

Die verstärkte Aufrüstung der letzten Jahre beschränkt sich bei weitem nicht auf den allseits bekannten Abfangjägerkauf - alleine 2006 soll das österreichische Militärbudget um 8 % erhöht werden. Österreich bewegt sich damit zunehmend im europäischen Gleichklang, denn innerhalb der EU herrschen "ehrgeizige"

Ziele. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana, jetzt für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständig, meinte: "Wir werden militärisch so stark werden wie die USA". Zum Vergleich: die USA geben jährlich 270 Mrd. US \$ für Rüstung aus, die EU-Staaten rund 170 Mrd. \$. Der französische Präsident Chirac lancierte die Idee, dass jedes EU-Land mindestens 2 Prozent seines Sozialproduktes für

Rüstung ausgeben muss (Österreich gibt derzeit ca. 1% aus). Die neue EU-Verfassung - der alle Parlamenten zustimmen - sieht eine solche gemeinsame europäische Verteidigungspolitik vor.

HEER(PFLICHT)
ABSCHAFFEN?

Die jüngsten Folderskandale im österreichischen Heer haben einmal mehr ein bezeichnendes Licht auf die tatsächlichen Strukturen der Armee geworfen. Wäre die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht der richtige Weg, um dem zu entkommen? Bereits die jetzige Heeresreform/Wehrdienstverkürzung hat im Wesentlichen den Hintergrund, dass man in Zukunft eine extrem hochgerüstete, bedingungslos einsetzbare Kampftruppe möchte: Verkürzung bedeutet schon heute Aufrüstung und noch weiter von der "normalen Gesellschaft" abgehobene Armeestrukturen. Die Abschaffung des allgemeinen Wehrdienstes und eine - europäische - Berufsarmee sind aus dieser Perspektive

kein Fortschritt, sondern eine Bedrohung für all jene, gegen die dieses Heer vielleicht künftig eingesetzt werden kann.

ZIVILDIENER WEITER IM OUT

Zivildienener sollen lt. Regierung weiter wesentlich länger Dienst leisten (9 Monate) und müssen von 290 bis maximal (!) 550 Euro im Monat leben - Wohnungs- und Fahrtkosten exklusive. Ihre Tätigkeit: niedrigste Hilfsdienste, von fehlenden Arbeitsschutzregelungen (70 Stundenwoche, 14 Tage Urlaub) ganz zu schweigen. Im Widerspruch dazu erscheint das Lob für Zivis, welches während der Zivildienstdiskussion gerade zu hören war. Tatsächlich wird inzwischen offen argumentiert, dass eine zu starke Verkürzung des Zivildienstes für das Sozial- und Gesundheitswesen nicht tragbar wäre. Um zu sparen, greift die Regierung einfach stärker auf solche Arbeitskräfte zu "Dumpingpreisen" zurück. Was bedeutet das für PatientInnen und KlientInnen? Bereits heute werden Aufgaben, die von qualifizier-

tem Fachpersonal durchgeführt werden sollten, mangels Finanzierung von Zivildienern gemacht! Wir halten das für das eigentliche Problem. Wir fordern deshalb:

- ✗ Gegen die Einführung eines (europäischen) Berufsheeres
- ✗ Gegen jede Aufrüstung
- ✗ 1.100 Euro Mindestlohn und volle Arbeitsschutzrechte für Soldaten und Zivildienener
- ✗ Gleichbehandlung von Zivildienst und Präsenzdienst!
- ✗ Recht auf volle gewerkschaftliche Organisation von Zivildienst- und Präsenzdienern
- ✗ Professionelle Betreuung im Gesundheitswesen und professionelle Katastrophenvorsorge statt Zivildienstleistungen als billige Lückenbüßer

TERMIN

Freitag, 1. April, Wien

DISKUSSION:
"Zivildienstreform"

19⁰⁰ Uhr, SLP Wien Nord (siehe Seite 6)

AUSTRIAN, Bank Austria, ÖBB, ... Auch 2005 liegen Streiks in der Luft

Sozialpartnerschaft? Es gibt kein Zurück!

Gerhard Ziegler, SLP Linz

Wurden Streiks hierzulande in den Statistiken jahrzehntelang in Minuten, oft sogar Sekunden pro Beschäftigten angegeben, kommt es seit zwei Jahren zu einer Reihe von Mobilisierungen und Streiks. Ob (General-)Streik gegen den Pensionsraub, AUSTRIAN, ÖBB, Postbus oder Veloce - wir haben es mit einer neuen Qualität von Klassenkämpfen zu tun. Die SLP hat einige Erfahrungen und Perspektiven in einem Dokument zur Situation in Österreich bei ihrer Konferenz im Jänner festgehalten. Nicht einmal ein Monat danach zeigt sich die Richtigkeit der dort getroffenen Feststellung: Nämlich dass der Klassenfrieden nicht nach Österreich zurückkehren wird.

KEIN ENDE IN SICHT

Der Kapitalismus befindet sich weltweit ökonomisch in der Krise, daher wollen Unternehmer und Staat "Kosten" sparen. Die Angriffe werden immer aggressiver. Mit Hilfe der Keule Standortlogik findet eine Nivellierung der Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen nach unten Richtung "Dritte-Welt-Standard" statt. Die Forderung von Veit Sorger, dem Präsidenten der Industriellenvereinigung, nach Verlängerung der Normalarbeitszeit auf bis zu 12 (!) Stunden, die Aufkündigung des Kollektivvertrages bei den Druckerei-



arbeitern und bei der Bank Austria, geplante Schließungen von Postämtern, die Diskussion um Einführung eines Schulgeldes, die Gesundheitsreform, sind nur einige Beispiele für weiteren Sozialabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Wir wollen keinem falschen Automatismus - Verschlechterung und verstärkte Angriffe würden automatisch den Kampfwillen steigern - das

Wort reden. Wut, Zynismus und Resignation stehen nebeneinander, doch insgesamt ist die Kampfbereitschaft noch ungebrochen. Mittlerweile gibt es Signale seitens der Eisenbahnergewerkschaft, wieder in Streik zu treten, wenn die Regierung den Kündigungsschutz der Eisenbahner tatsächlich in Frage stellen will. Auf einer Betriebsversammlung beschloss auch die AUSTRIAN-Belegschaft, erneut zu

streiken, falls das Management die im Zuge des letzten Arbeitskampfes erzielten Vereinbarungen nicht einhalten will.

DAS HAUPTPROBLEM: GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE DEMOBILISIERT!

Eine Bilanzierung dieser Arbeitskämpfe führt zu einem widersprüchlichen Schluß: Überall dort, wo die Kämpfe offensiv geführt wurden und

von einer breiten Basis der Beschäftigten - wie bei der AUSTRIAN oder Veloce, aber auch Postbus - getragen wurden, haben sie durchwegs zu Erfolgen oder zumindest Teilerfolgen geführt.

Dort jedoch, wo die Kämpfe defensiv geführt wurden und von der Gewerkschaftsbürokratie von vornherein in Umfang und Ziel begrenzt wurden, um den Kontrahenten möglichst wenig weh zu tun (v.a. bei den Mobilisierungen gegen den Pensionsraub, aber auch beim ÖBB-Streik), wurden die Aktionen trotz Kampfbereitschaft der Beschäftigten nicht ausgeweitet sondern vorzeitig abgebrochen. Die Gründe für diese defensive Vorgangsweise liegen zum einen in der mangelnden Kampftradition der österreichischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung (über 50 Jahre Politik der Sozialpartnerschaft), weshalb es oft schon an einfachen technischen und organisatorischen Erfahrungen der Funktionäre mangelt, aber auch und vor allem am weitverbreiteten Kampfunwillen der Gewerkschaftsbürokratie. Bei der AUSTRIAN ist ÖGB-Präsident Verzetnitsch der Belegschaft schon mehrmals in den Rücken gefallen. Nun wurde der zuständige Gewerkschaftssekretär Robert Hengster, der die AUSTRIAN-Beschäftigten bisher vorbehaltlos unterstützt hat, gekündigt! Offensichtlich sollte mit dieser administrativen Maßnahme der Kampfwille bei der AUSTRIAN gebrochen werden. Der AUSTRIAN-Bord-Betriebsrat fordert zu Recht die Rücknahme der Kündigung. Trotz einer gewissen Müdigkeit aufgrund der Hinhaltetaktik durch das Management ist die Belegschaft nach wie vor bereit, für ihre Rechte zu kämpfen.

Bei der Bank Austria versucht die Betriebsratsobfrau Fuhrmann zu bremsen, wo es nur geht. Trotzdem - und trotz vieler Drohungen und Ein-

schüchterungen durch Vorgesetzte - war die Betriebsversammlung gut besucht. Es kamen auch viele, die gar nicht Dienst hatten. Der Belegschaft droht neben arbeitsrechtlichen Verschlechterungen die Auslagerung des Zahlungsverkehrs nach Bratislava. Das würde Auspendeln bedeuten. Der Grundtenor bei der Betriebsversammlung war gegen die abwartende Haltung der Gewerkschaftsführung gerichtet: "Wir müssen endlich was tun!" Den meisten Applaus erhielten Wortmeldungen, die Streiks forderten. Bei den ÖBB steht die Gewerkschaftsführung unter großem Druck. Der Chef der Eisenbahnergewerkschaft, Haberzettl, ist enorm unbeliebt und es kommt zu massenhaften Austritten aus der Gewerkschaft. Mehr als vier Fünftel der Fahrdienstbegleiter am Westbahnhof haben an Haberzettl einen Protestbrief geschrieben mit dem Inhalt: entweder Streikmaßnahmen oder wir treten aus. Daneben gibt KollegInnen, die die Möglichkeit einer eigenständigen, kämpferischen Kandidatur bei den nächsten Personalvertretungswahlen ins Auge fassen.

FÜR EINE KÄMPFERISCHE ALTERNATIVE

Die bremsende Wirkung durch die Gewerkschaftsbürokratie stellt in doppelter Hinsicht eine enorme Gefahr dar. Zum einen werden die Kämpfe gleich von vornherein abgewiegt oder aber, wenn der Druck der Basis zu stark wird, wird der Kampf zwar aufgenommen, aber derart defensiv, daß er in der Regel in eine Niederlage führt. Zum anderen fördert eine solche Haltung Zynismus, Resignation und Gewerkschaftsaustritte und schwächt damit Enthusiasmus und Kampfwillen für die Zukunft. Wir haben daher die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ins Leben gerufen. Sie versteht sich als überfraktionale Initiative mit dem Anspruch, alle aktiven GewerkschafterInnen, die für kämpferische Gewerkschaften mit demokratischen Strukturen eintreten, zusammenzufassen.

Ein, zwei wichtige Siege in einem bedeutsamen Bereich - etwa bei den ÖBB - könnten das Kräfteverhältnis von Grund auf ändern und den kampfbewußten Teilen Auftrieb verleihen. Das könnte der Schlüssel werden zur Herausbildung einer breiteren linken Gewerkschaftsopposition und auch zum Entstehen einer neuen - sozialistischen - ArbeiterInnenpartei, die immer notwendiger wird, um die Offensive des Kapitals wirksam bekämpfen zu können, sein.

TERMIN

Dienstag, 5. April, Wien

DISKUSSION: "BA-CA: Geht der Vertragsbruch durch?" 19⁰⁰ Uhr, Sperlhof, Wien 2.; Große Sperlgasse 41

"Arbeitsmarktgipfel": Lohnkürzungen und totale Flexibilisierung

Industrie will zurück zur 60h-Woche und zum 10h-Tag

Claudia Sorger, SLP-Frauensprecherin

Die Höchstarbeitszeit will die Industriellenvereinigung sogar von 10 auf 12 Stunden erhöhen. Um die Flexibilisierung perfekt zu machen, wird ein Durchrechnungszeitraum von 2 Jahren gefordert.

EINE MILLIARDE EINKOMMENSVERLUSTE

Berechnungen zufolge würden diese Angriffe Einkommensverluste für ArbeitnehmerInnen von bis zu einer Milliarde Euro bedeuten. Von einer Abschaffung der Überstundenregelungen mit Zuschlagspflicht wären laut Statistik Austria weit über 400.000 ArbeitnehmerInnen betroffen.

Dabei arbeiten Österreichs Beschäftigte jetzt schon flexibel, mehr als den meisten lieb ist: Zahlreiche Kollektivverträge sehen lange Durchrechnungszeiträume und Ausnahmestimmungen vor. Durch die Novelle im Arbeitszeitgesetz 1997 wurde bereits eine



Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn - noch immer aktuell. Hier das Logo einer entsprechenden SLP-Kampagne aus dem Jahr 1997

weitgehende Flexibilisierung und Sonn- und Feiertagsarbeit ermöglicht und durch die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten haben sich die Arbeitsbedingungen für die Handelsangestellten massiv verschlechtert. Diese Entwicklung haben wir auch dem fehlenden Widerstand der Gewerkschaftsführung zu verdanken.

WIR ARBEITEN VIEL ZU LANG!

Im EU-Vergleich arbeiten

Österreichs Beschäftigte jetzt schon sehr lang. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit inkl. Überstunden beträgt bei Vollzeitbeschäftigten 45 Stunden pro Woche. 24% der Frauen und 30% der Männer leisten regelmäßig Überstunden. Gleichzeitig ist die Teilzeitbeschäftigung von Frauen in den letzten Jahren enorm angestiegen - wodurch flexibler Arbeitseinsatz bei geringem Einkommen ohne Überstundenabgeltung möglich ist.

ES WIRD IMMER SCHLIMMER

Diese Entwicklung muss vor dem Hintergrund der Lohnverluste der letzten Jahre gesehen werden. Laut Rechnungshof - Einkommensbericht verdienen ArbeiterInnen und Angestellte real und netto weniger als im Jahr 2000. Der Lohnanteil am Volkseinkommen ist in den letzten zwanzig Jahren gesunken, während die Gewinn- und Besitzinkommen gestiegen sind. Wird die Arbeitszeitflexibilisierung nach den

Wünschen der Industriellenvereinigung umgesetzt, dann verschiebt sich dieses Missverhältnis noch mehr. Gleichzeitig winken die Industriekapitäne ab, wenn es darum geht, für die derzeit 360.000 Arbeitslosen mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Die knappen Budgetmittel des AMS sollen nicht aufgestockt werden. Stattdessen sollen die AMS-MitarbeiterInnen länger arbeiten.

WIDERSTAND IST NÖTIG

Die Vertreter der Wirtschaft werden nicht locker lassen, bis ihr Ziel - eine Aufhebung der nationalen Arbeitszeitgesetze und eine weitere Flexibilisierung der ohnehin zahnlosen EU-Arbeitszeitrichtlinie - erreicht ist. Widerstand ist nötig - vor allem um eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn durchzusetzen. Mehr Arbeitsplätze bringt vor allem eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Das wäre eine "Flexibilisierung" der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten!

Asyl und Migration: Rassisten hetzen und lügen Wir haben Antworten

Auch wenn rechte Hetzer unbelehrbar sind: Die Fakten sprechen gegen sie

Von Margarita Döller,
Sozialistischer Widerstand International,
Franz Breier jun. und Ken Horvath, SLP

„Null Toleranz bei Asylmissbrauch. Zuwanderung stoppen.“ (HC Strache, FPÖ Wien)

„Innenministerin Liese Prokop (V) verteidigt die Verschärfung im Asylwesen“ (Kurier, 23.2.2005)

„SPÖ will restriktiveres Asylgesetz mittragen“ (der Standard, 23.2.2005)

Tatsächlich kann der Glaube an den gewaltigen Flüchtlingsstrom seit dem Fall des eisernen Vorhangs als einer der hartnäckigsten politischen Mythen gelten. Zwar stieg die Zahl der in Österreich lebenden AusländerInnen in den ersten drei Jahren nach 1989 sprunghaft von rund 300.000 auf 600.000 Personen an. Diese kamen aber zum überwiegenden Teil aus den traditionellen Gastarbeiterländern Jugoslawien und Türkei und wurden entweder direkt von Unternehmen angeheuert oder kamen in Form der Familienzusammenführung. In den 1990ern wurden insgesamt 13.647 Asylanträge positiv abgeschlossen, in den Jahren 1989 bis 1992 waren es 8.501 - gerademal 3% des gesamten Wachstums der ausländischen Wohnbevölkerung.

SINKENDE ANERKENNUNGSQUOTEN

Die Zahl der Asylanträge ist in Österreich weiter rückläufig. Im Jänner haben nach Daten des Innenministeriums 1.537 Flüchtlinge um Asyl angesucht, ein Rückgang um 38,7 % zum Vorjahr. Die meisten Asylanträge stammen von Menschen aus der GUS (v.a. Tschetschenien, Georgien, Moldawien). Die Anerkennungsquoten liegen bei manchen Ländern nur knapp über 10 % (Georgien, Türkei), oder weit darunter (Moldawien 4 %). Tatsache ist, dass 2002 gerade einmal 1.073 positive Anträge, 4 285 negative Anträge bilanziert und 24 523 Anträge aus unterschiedlichsten Gründen (z.B.: Zurückziehung, Zurückweisung, Einstellung) eingestellt wurden. Das heißt, die so genannte Anerkennungsquote lag bei 25,04%! 2004 lag sie auf Grund des neuen Asylrechts, das am 1.Mai in Kraft getreten ist, sogar nur bei 21,4%. Österreich ist überdies immer ein sogenanntes Transferland gewesen. Die überwiegende Zahl der Asylsuchenden reis(t)en durch Österreich durch. 70 Prozent der AsylwerberInnen werden derzeit übrigens nicht in die sogenannte Bundesbetreuung genommen, also nicht von der Republik betreut! (Angaben auf Basis von Informationen der „asylkoordination österreich“.)

470.000 „AUSLÄNDERINNEN“ IN WIEN ?

„In den 90er Jahren verzeichnete Wien eine unkontrollierte Massenzuwanderung von mehr als 250.000 Ausländern. Der Ausländeranteil Wiens liegt daher heute bereits im europäischen Spitzenfeld. In Wien leben dadurch insgesamt über 470.000 Ausländer, davon mehr als 100.000 illegal. In einzelnen Bezirken liegt der Ausländeranteil bei etwa 40 %.“ (Auszug aus dem FPÖ Parteiprogramm)

Tatsache ist, dass laut dem Wiener Integrationsfond 2003 der AusländerInnenanteil Wiens bei 16,4% lag, das entspricht 257.000 Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Was die FPÖ hier betreibt, ist reine Manipulation,

denn eine Diskrepanz von 200.000 kann man beim besten Willen nicht den verschiedenen Auslegungen von Statistiken anlasten. Ebenso gelogen ist natürlich die Behauptung der „unkontrollierten“ Zuwanderung: In den letzten 15 Jahren wurden die Ausländergesetze mehrmals verschärft - offensichtlich völlig sinnlose Maßnahmen wenn es wirklich „100.000 Illegale“ in Wien gibt. Wir meinen: Die einzig sinnvollen Maßnahmen gegen „Illegale“ sind volle soziale und politische Rechte für alle Menschen, die hier arbeiten und leben. Nur das verhindert Lohn- und illegale Beschäftigung und Kriminalität.



Flüchtlingslager in Pakistan

AGGRESSIVE AFRIKANER?

„... die Art der Schwarzafrikaner! Sie schauen nicht nur anders aus (...), sondern sie sind auch anders, und zwar sind sie ganz besonders aggressiv. Das liegt offensichtlich in der Natur dieser Menschen. Sie sind meist illegal da (...), meist Drogendealer(...)“. (FPÖ-Abgeordnete Partik-Pabé)

Wer tatsächlich aggressiv und wer gefährdet ist, berichtet die konservative Presse unter dem Titel „Afrikaner in Österreich in besonderer Gefahr“ (Presse vom 15.2): „Besonderer Gefahr ausgesetzt seien insbesondere in Wien lebende Schwarzafrikaner, die oft wegen angeblicher Verwicklungen in den Drogenhandel stigmatisiert würden. So gebe es mehrere Fälle willkürlicher Ausweiskontrollen und Misshandlungen durch Polizeibeamte.“ Verschlechterungen im Asylbereich, Polizeiübergriffe gegen Schwarzafrikaner sowie „rassistische und fremdenfeindliche Untertöne“ in Politik und Medien, so lautet auch das Urteil der Experten der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz.

DIE GRENZEN DER DISKUSSION

Das Grundproblem ist, dass es mit tatsächlichen Rassisten wenig Sinn macht, darüber zu diskutieren, dass nur eine Minderheit der Drogendealer tatsächlich aus Afrika stammt, oder dass es in Wien um das Jahr 1900 wesentlich mehr Kinder nichtdeutscher Muttersprache in den Schulen gab als heute. Migration ist - ebenso wie Flucht vor Not und Verfolgung - eine Tatsache. Als SozialistInnen kämpfen wir einerseits

dafür, jedem Menschen, wo immer er lebt (bzw. leben möchte), ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren. Gleichzeitig ist die Durchdringung von Sprachen und Kulturen ebenfalls längst ein Faktum geworden. Es gilt, diese nicht als Bedrohung an die Wand zu malen, sondern als Chance und Bereicherung gemeinsam zu gestalten. Das ist letztlich vor allem eine Frage des Geldes: MigrantInnen konzentrieren sich nicht freiwillig in den schlechtesten Wohngebieten, weisen nicht freiwillig die höchste Armutsgefährdung und schlechteste Schulbildung auf. Voller Zugang zum Sozialsystem und zum öf-

Das globale Asyl-Problem kann der Kapitalismus nicht lösen

Am 1. Jänner 2004 waren laut UNHCR weltweit 20 Millionen Menschen auf der Flucht. 85 Prozent davon flüchtete in Staaten außerhalb (!) von Europa, den USA und Australien/ Neuseeland - derzeit zum Beispiel vor allem im Sudan und seinen Nachbarstaaten. Obwohl die Zahl der AsylwerberInnen in der EU über die letzten Jahre im Wesentlichen konstant blieb (ca. 350.000 p.a.), werden Gesetze und Hetze verschärft. AsylwerberInnen werden zum Hauptproblem erklärt. Wir sagen: das Hauptproblem ist jenes Wirtschafts- und Gesellschafts-System, das die etablierten Parteien hochhalten. Dieses sorgt weltweit für rund 1,2 Milliarden Menschen, die weniger als 1 Euro pro Tag zur Verfügung haben. Jährlich werden 1000 Milliarden Dollar für Waffen ausgegeben. Die letzten Jahre sahen eine Zunahme an Kriegen und Unsicherheit auf der Erde. Der Kapitalismus ist instabiler geworden. Das zwingt immer mehr Menschen zur Flucht. Gleichzeitig sind die reichen kapitalistischen Länder nicht in der Lage, diese Probleme zu managen.

FAKTEN ZU ASYL UND MIGRATION

Im Jahr 2004 lebten schätzungsweise 180 Millionen Menschen außerhalb ihres Heimatlandes. Davon galten rund 160 Millionen als grenzüberschreitende MigrantInnen, etwa 16 Millionen waren anerkannte Flüchtlinge, unter einer Million waren als Asylsuchende unterwegs. Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) stellt seit über einem Jahr in den meisten Industrieländern einen starken Rückgang der Asylantragszahlen fest. Interessant sind die Begründungen, mit denen derzeit beispielsweise in Österreich Asylanträge abgelehnt werden. Das „Forum Asyl“ veröffentlichte vor kurzem Auszüge aus negativen Asylbescheiden, die ich an dieser Stelle kurz zitieren möchte: Einem nach eigenen Angaben minderjährigen Asylwerber wird mitgeteilt, dass seine Angaben zum Lebensalter auf Grund seines „äußeren Erscheinungsbildes“ nicht glaubhaft erscheinen. Als er widerspricht, gibt sein Rechtsberater zu Protokoll: „Aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes und der Verhaltensweise des Asylwerbers, die auf Lebenserfahrung schließen lässt, widerspricht der RB (Rechtsberater, Anm.) der Auffassung der Behörde nicht.“

FLÜCHTLINGE ALS SCHWÄCHSTES GLIED

In den Ländern der EU hat die neoliberale Angriffswelle der Unternehmer und ihrer Regierungen zum Ziel, die zugrunde liegende Krise des Kapitalismus auf ArbeiterInnen und sozial Schwache abzuwälzen. Das ist der Mix, aus dem all die Spannungen rund um die Asylfrage entstehen. Die Verschärfungen im Bereich Asyl sind Teil neoliberaler Politik. Kriegsflüchtlinge sind die schwächsten Glieder in der Kette der internationalen Beziehungen. Praktisch alle etablierten Parteien missbrauchen überdies das Asyl-Thema dazu, sich mit Angst und Verunsicherung Stimmen und Macht zu sichern.

fentlichen Wohnbau wäre hier nur der erste Schritt. Kapitalismus basiert insgesamt seit jeher auch auf rassistischer Diskriminierung, auf hunderten Ausländergesetzen, um uns zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Nur die Abschaffung dieser Strukturen könnte letztlich eine Gesellschaft ohne Rassismus schaffen.

DIE FAKTEN: ARM UND AUSGEBEUTET

Laut Bericht über die soziale Lage 2003-2004, sind 27 Prozent der Personen aus „Haushalten mit AusländerInnen“ armutsgefährdet. In Zahlen bedeutet dies, dass 121.500 MigrantInnen in Bezug auf die Gesamtbevölkerung stärker armutsgefährdet sind. In Bezug auf die Indikatoren zur Lebenssituation von stärker armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen - Haushalte mit Langzeitarbeitslosen, AusländerInnen und Haushalte mit behinderten Personen - ergab, dass 50 Prozent der MigrantInnen bei unerwarteten Ausgaben nicht entsprechend finanziell reagieren können. Hoch sind auch die schlechten Wohnverhältnisse bei MigrantInnen: 37 Prozent leben in Substandard- oder überbelegten Wohnungen. Bei 36 Prozent liegt der Anteil jener MigrantInnen, die sich einen Urlaub aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Während der Anteil der 20- bis 64-jährigen Gesamtbevölkerung mit nur einem Pflichtschulabschluss bei 18 Prozent liegt, ist der entsprechende Anteil bei den drei oben genannten Bevölkerungsgruppen deutlich höher, heißt es in dem Bericht. So haben 27 Prozent der Personen in Haushalten von MigrantInnen lediglich einen Pflichtschulabschluss. (Vgl.: <http://volksgruppen.orf.at>)

Wirksam gegen Asyl-Chaos und Rassismus kämpfen

Die Methoden der Sozialistischen Linkspartei

Es gibt heute eine weitverbreitete Ablehnung der Aufnahme von Flüchtenden oder zumindest Skepsis ihr gegenüber. Wir verwehren uns dagegen, jede/n, der/die Ängste aufgrund eines Flüchtlingsheims in seinem Wohnumfeld zeigt, als "rassistischen Mob" einzustufen. Ebenso gilt: Die Mehrzahl der österreichischen ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen darf nicht den rassistischen Hetzern und etablierten Parteien überlassen werden. Dennoch wird es auch verstärkt unsere Aufgabe sein, in Fällen von "Bürgerinitiativen" und Aufwiegelungen durch etablierte Parteien (egal, ob FPÖ oder SPÖ) und rechtsextreme Gruppen, eine glasklare und unmissverständliche Haltung gegen die Gefahr von Pogromstimmung gegen AsylwerberInnen einzunehmen. Die SLP beweist in der Praxis, dass dies möglich ist.

BEISPIEL TRAIISKIRCHEN

Als im Oktober 2002 die FPÖ in Traiskirchen eine Demo gegen AsylwerberInnen ankündigte, organisierten wir sofort gemeinsam mit anderen eine Gegenkundgebung. In unserem Flugblatt wandten wir uns in Deutsch und Englisch an die Traiskirchner Bevölkerung und die AsylwerberInnen: "Die SLP demonstriert nicht gegen die Traiskirchner Bevölkerung, sondern gegen die skandalöse Asylpolitik der Regierung und den Missbrauch, den die rassistische FPÖ mit den Problemen vor Ort treibt." ... "Das Betreuungslager in Traiskirchen wurde zu einem Ghetto - eine untragbare Situation sowohl für die AsylwerberInnen wie für die gesamte Bevölkerung. Doch daran sind nicht die Flüchtenden schuld, sondern die etablierten Parteien, allen voran die jeweilige Regierung der letzten Jahre."

Wir wiesen auf die ausweglose Situation vieler Asylsuchenden und auf das überfüllte Lager hin. Die Menschen in Traiskirchen werden von



Demonstration unserer belgischen Schwesterpartei unter dem Motto: "Jobs - Nicht Rassismus!"

der herrschenden Politik im Stich gelassen. Im Gegenteil: Die untragbare Situation wird als Grundlage für eine Verschärfung der rassistischen Asylpolitik herangezogen. Unsere Forderungen enthielten unter anderem: "Sofortiges Recht auf Arbeit für alle in Österreich lebenden Menschen! 1000,- Euro Mindestlohn netto (heute 1.100,- Euro), um Lohndruck zu verhindern; Arbeitszeitverkürzung auf eine 30h-Woche bei vollem Lohn" sowie "Nein zur Ghetto-Bildung in Traiskirchen - Aufteilung der Betroffenen auf ausgeweitete Betreuungseinrichtungen im ganzen Bundesgebiet." Wir betonten unablässig, dass die FPÖ keine Lösung für die Probleme bietet. Sie ist vielmehr an der Regierung an Sozialabbau und Angriffen gegen ArbeitnehmerInnen beteiligt. Unsere Kundgebung verlief friedlich. Es gab viele - auch hitzige - Diskussionen mit Bevölkerung und AsylwerberInnen. Und: Die lokale FPÖ zog ihre "Demo" zurück!

KÜRZUNGEN IM KOMMUNALEN BEREICH SCHÜREN HETZE

Der Finanzausgleich zwischen Bund, Länder und Gemeinden tendiert seit langem zuungunsten der kleineren Einheiten; das wirkt sich zum größten Teil als Kürzungen bei kommunalen Dienstleistungen aus. Gerade in Gebieten mit vielen AsylwerberInnen werden so die Probleme vervielfacht. Die Ausarbeitung eines detaillierten Plans für Orte wie Traiskirchen sollte die Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und der AsylwerberInnen beinhalten. Gemeinsam könnte mehr Druck für zusätzliches Geld vom Bund ausgeübt werden. Es könnten neue Räumlichkeiten mit Freizeitgestaltung angebaut werden, eine Anlaufstelle mit DolmetscherInnen und Sprachkursen oder Einrichtungen, die Menschen dort speziell benötigen.

RASSISMUS: KLAR GEGEN DIE INTERESSEN DER ARBEITERINNENKLASSE

Es liegt im Interesse der ArbeiterInnenbewegung, alle sozialen Probleme auszumerzen, die zu Spannungen zwischen Menschen verschiedener Herkunft führen. Am Arbeitsmarkt bedeutet das, sich nicht auf das Spiel der Unternehmer einzulassen. Nicht "Ausländer" nehmen Arbeitsplätze weg, sondern der Kapitalismus. Bekämpft werden müssen Arbeitszeitverlängerung, "Flexibilisierung" und der Trend zur Schaffung von Billigjobs. Wenn MigrantInnen in den Arbeitsmarkt eintreten, ist der beste Schutz vor Lohndruck und Arbeitsplatzverlust ein gemeinsamer gewerkschaftlicher Kampf und die volle soziale, arbeitsrechtliche und politische Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Es ist die Aufgabe von SozialistInnen, dafür unter ArbeiterInnen und in den Gewerkschaften Überzeugungsarbeit zu leisten. Es gibt neben den Lügen und der Hysterie des Rassismus auch tatsächliche Spannungen und Probleme im Zusammenleben. Wir treten deshalb dafür ein, jene Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und wo die sogenannten inländischen und ausländischen KollegInnen nicht gegeneinander, sondern für gemeinsame Interessen zusammenarbeiten können. Es gab in den letzten Jahren viele Arbeitskämpfe, bei denen die Beschäftigten in der Praxis die Notwendigkeit der Solidarität untereinander erlebt haben. Gleichzeitig sahen wir, wo die Gegner stehen: Regierung (gesetzliche Angriffe), Management (Kündigungsdrohungen), Massenmedien (Hetze gegen Berufsgruppen). Wird diese Grundhaltung auf die Asylfrage angewandt, kann aus diesem stark emotionalisierten Thema ein weiteres wichtiges Argument gegen das etablierte Parteienspektrum und für eine sozialistische Alternative erwachsen.

Zur Rolle der Arbeitsmigration in Österreich

In den 1960ern bis in die 1980er wurden Menschen zur Arbeit nach Österreich geholt. Jetzt sollen sie ihre Schuldigkeit getan haben.

Wanderungsbewegungen hat es im Kapitalismus immer schon gegeben. Die Formen der Migration haben sich dabei parallel zu den jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert. In den 1960ern führte die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften dazu, dass von wirtschaftlicher und staatlicher Seite Migration aktiv gefördert wurde. Heute, in wirtschaftlichen Krisenzeiten bei gleichzeitig politisch geschwächter ArbeiterInnenbewegung, steht die Hetze gegen Menschen, die aufgrund wirtschaftlicher Not und kriegerischer Auseinandersetzungen zur Flucht gezwungen werden, im Vordergrund.

MIGRANTINNEN ALS RESERVEARMEE

Menschen, die von einem Staat in den anderen wandern, sind leicht zu erpressen, weil ihr Aufenthalt potenziell jederzeit von staatlicher Seite beendet werden kann. Fundamentale Rechte demokratischer und sozialer Natur werden ihnen abgesprochen. Ihr sozialer und rechtlicher Sonderstatus macht MigrantInnen für die Wirtschaft interessant. Sie können als besonders billige flexible Arbeitskräfte eingesetzt werden und erfüllen damit die Funktion einer Reservearmee. Typisch trat dieses Muster in Österreich am Phänomen der Gastarbeit zutage. Der Mangel an Arbeitskräften - Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs und des Ausbaus von Bildungs- und Pensionssystem - drückte in Verbindung mit dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad die Profitraten. In dieser Situation sollte die gezielte Anwerbung von türkischen und jugoslawischen Arbeitskräften, vor allem für Hilfstätigkeiten, Abhilfe schaffen. Ab 1965 wurden über eigene Anwerbestellen in den jeweiligen Ländern zehntausende ArbeiterInnen rekrutiert. In Österreich erwarteten sie miserable Löhne, schlechte Unterkünfte und Rechtslosigkeit.



Ankommende Gastarbeiter in den 1960ern. (Deutschland)

DIE SELTSAME ROLLE DES ÖGB

Während die österreichische Migrationspolitik in den (nach 1965) folgenden Jahren beachtliche Entwicklungen durchmachte, hat der ÖGB seine Politik seit der Zeit der Gastarbeit kaum verändert. Angeblich zur Verhinderung von Lohn- und Arbeitsplatzverlusten tritt der ÖGB für eine restriktive AusländerInnenpolitik ein. Nach anfänglichem Zögern ließ er in den 1960ern die Anwerbung von Arbeitskräften aus volkswirtschaftlichen Gründen zu. Als Argument führten die Gewerkschaften die Inflationsbekämpfung an. In einem Schulungsmaterial des ÖGB heißt es dazu:

Der Mangel an Arbeitskräften führte in vielen Branchen zu einer Bezahlung weit über dem Ta-

riflohn, was sich auf die Preisentwicklung ungünstig auswirkte. Der ÖGB verfuhr daher sehr großzügig bei der Festsetzung von Gastarbeiterkontingenten, sodass Ende 1972 schon mehr als 200.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich tätig waren. (Lackinger 2002: 25)

Der ÖGB stimmte also in seiner Argumentation der Arbeitsmigration zu, um Löhne niedrig zu halten! Mit seiner beharrlichen Politik, den MigrantInnen einen (schlechteren) Sonderstatus zuzuschreiben, hat der ÖGB der Wirtschaft einen großen Dienst erwiesen. Er schuf praktisch die Voraussetzungen für die Ausbeutung von MigrantInnen mit. Wäre es tatsächlich darum gegangen, Lohndruck zu verhindern, hätte der ÖGB auf eine andere Politik setzen müssen: gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für alle hier arbeitenden Menschen, volle gewerkschaftliche Unterstützung für GastarbeiterInnen.

DIE MENSCHEN, DIE SIE RIEFEN ...

Der Nutzen ausländischer Arbeitskraft für die Wirtschaft ist offensichtlich. Warum wurden dann aber in den letzten Jahren die Einwanderungs- und Aufenthaltsbedingungen so sehr verschärft? Es lassen sich zwei Gründe für die zunehmende Repression nennen. Erstens drohen in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Kosten der Einwanderung deren Nutzen zu übersteigen. Dauerhafte Ansiedlung kann teuer werden, wenn den überproportional von Jobverlust bedrohten MigrantInnen Arbeitslosengeld bezahlt oder den nachgereisten Kindern der Schulbesuch finanziert werden muss. Die anfangs von den Sozialpartnern kontrollierte Migration hatte im Lauf der Jahre an Eigendynamik gewonnen. Nun galt es, den aus staatlicher und wirtschaftlicher Sicht zu hohen Grad an Selbstbestimmung der EinwandererInnen wieder einzudämmen. Der zweite (Hinter)Grund

ist subtiler. Ausländische Arbeitskräfte waren und sind ja "offiziell" - durch die "Gesetzeslage" - zu Menschen 2. Klasse gestempelt worden. Genau der Umstand - Zuwanderung bei gleichzeitiger Diskriminierung - steht einer langfristigen Integration tatsächlich entgegen. Von dieser grundsätzlichen Konstellation - hier "Einheimische", da "Fremde" in ein und derselben Gesellschaft - haben rechtsextreme und populistische Kräfte wie die FPÖ letztlich profitieren können: Zu Beginn der 1990er kam es in vielen Staaten, so auch in Deutschland und Österreich, zu einer Welle an Ausländerfeindlichkeit. Fremde wurden und werden hier nicht nur als die zentrale Ursache für wachsende Probleme der Gesellschaft dargestellt (ob Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Kriminalität, Drogenproblematik und Bildungsnotstand); Durch immer schärfere Bestimmungen gegen sie soll die Spaltung in In- und AusländerInnen weiter vertieft werden.

INTEGRATION? VERSCHÄRFT DISKRIMINIERUNG!

Das seit Jahren bestimmende Motto der Migrationspolitik "Integration vor Neuzug" unterstellt, dass Menschen in Österreich eine dauerhafte Existenz ermöglicht wird. Dass genau das Gegenteil passiert, zeigt die letzte Novelle des Fremdenengesetzes. Sie brachte für dauerhaft hier lebende Personen verschärfte Aufenthaltsbestimmungen, z.B. in Form der verpflichtenden "Deutsch-Integrationskurse" - deren Kosten die MigrantInnen zumindest zur Hälfte selber tragen müssen. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit, Saisoniers zu beschäftigen, auf alle Branchen ausgeweitet. Damit wird die Beschäftigung von Personen gefördert, die ohne jede rechtliche Absicherung oder Aufenthaltsperspektive auskommen müssen. Die erste politische Partei, die diesen "Saisonierstatus" übrigens forderte, war die FPÖ ...

Überlegungen zum "Risiko" in einer kapitalistischen Gesellschaft

Tägliche Wettskandale

John Evers, SLP Wien-Nord

Der deutsche Wettskandal zieht nun in Österreich seine Kreise: Der Hauptbeschuldigte Ex-Schiedsrichter Hoyzer hat manipulierte Spiele auch hierzulande angedeutet. Bundesligaverantwortliche und Wett-Unternehmen beteuern zwar, dass dafür keine Anhaltspunkte existieren. Sie geben aber ebenso zu, Vorkommnisse wie im Nachbarland nicht ausschließen zu können. Erwogen werden nun Wettverbote für Fußballer und Ausweispflicht für Wettkunden. Angesichts der Tatsache, dass die von Frank Stronach fast zur Gänze gekaufte Liga in der Realität eine einzige sportliche Manipulation ist, wirken diese Maßnahmen ohnehin lächerlich. Sie gehen aber auch am eigentlichen Problem völlig vorbei.

SPIELSUCHT UND
RIESENUMSÄTZE

Im Jahr 2004 wurden alleine durch Sportwetten Umsätze in der Höhe von 915 Millionen Euro gemacht. Internetanbieter BETandWIN.com meldete unlängst einen Rekord-Quartalsumsatz von über 184 Mio. EUR; ein Plus von 113 Prozent. 2002 erzielten die Casinos Austria AG einen Gewinn (!) von 12,72 Millionen Euro (fast 180 Millionen ATS), von dem sie übrigens laut ÖGB lediglich 1,6 % Steuern bezahlten. Gleichzeitig gelten in Österreich rund 100.000 Personen als spielsüchtig. SPÖ und Grüne, aber auch konservative Kräfte nehmen nun den Wettskandal zum Anlass, um "Prävention" zu fordern: "Der Vorstoß des Salzburger Landtages, die Schutzbestimmung für Ju-

“Bankraub ist eine Initiative von Dilettanten.
Wahre Profis gründen eine (Spiel-)Bank.”

frei nach Berholt Brecht

gendliche im Hinblick auf die bis dato erlaubten Lotto, Toto-Spiele sowie Rubbellose zu erweitern, sollte auch von den anderen Bundesländern übernommen werden“, sagt Abg. z. NR Silvia Fuhrmann, Obfrau der Jungen ÖVP. Das sind reine Alibiaktionen! Zur tatsächlichen Entwicklung des europäischen Glücksspielsektors meinte die European Betting Association vor wenigen Tagen: "Nach Ansicht des Generalsekretärs der European Betting Association ("EBA") Didier Dewyn sind in Bezug auf die Liberalisierung der europäischen Sportwettmärkte deutlich Fortschritte feststellbar."

TÄGLICHE WETTSKANDALE

Während man dem ÖGB Informationsendungen zu den Pensionskürzungen im ORF verweigerte, flimmern fast täglich ganze Glücksspielshows im staatlichen Rundfunk. Ironischerweise wird z.B. gerade das "Millionenrad" von jemandem moderiert, dessen erhebliche Finanzprobleme öffentlich bekannt sind. Ebenso gibt es im Sport keinen Event ohne Zocken. Tatsächlich ist das aber nur die Spitze eines kapitalistischen Eisberges. Herbert Prohaska und andere Sportler bewerben "Quadrigrasuperfund"-Anleihen - also Spekulation - als ideale Geldanlage für den "kleinen Mann". Österreichs Banken überschlagen sich geradezu dabei, ihren Kunden extrem unsichere



Fremdwährungskredite mit kaum abschätzbarem Risiko anzudrehen (+12,4 % gegenüber dem

Vorjahr). Der Löwenanteil davon dient zur Finanzierung elementarer Bedürfnisse: Es handelt sich um Wohnungs- und Hausbaukredite in einer durchschnittlichen Höhe von 100.000 - 130.000 Euro! Es spekulieren hier Menschen, die eigentlich viel zu wenig Geld zum (ver)spekulieren besitzen.

RISIKO UND KAPITALISMUS

Die Tendenz zum finanziellen Risiko hat im Kapitalismus also zwei - durchaus miteinander verknüpfte - Seiten: Erstens wird Zocken als erstrebenswerte und coole Lebenseinstellung, ja fast als Notwendigkeit präsentiert und vermarktet. Zweitens gibt es vor, Bedürfnisse zu befriedigen, welche die kapitalistische Warenwelt permanent hervorruft oder erfindet. Übrig bleibt für viele ein schwarzes Loch: "Ein Viertel aller Österreicher hät-

ten kein Geld für unerwartete Ausgaben, 223.000 Personen seien mit den Zahlungen im Rückstand" (der Standard, 11.2.2005).

LÖSUNGSSTRATEGIEN

Schuldnerberatungen, Arbeiterkammern und Gewerkschaften appellieren in diesem Zusammenhang an die Banken, "mehr soziale Verantwortung zu zeigen." Das wäre genauso, wie denselben Appell an die Wettbüros zu richten. Beides ist sinnlos! Wesentlich effizienter wären da z.B. zweckgebundene Steuern für Glücksspiel und Kreditwesen, die dann Beratungsstellen zufließen, eine Stärkung des Konsumentenschutzes, Ausbau niedrigschwelliger Entschuldigsmöglichkeiten für kleine PrivatschuldnerInnen, etc ... Eine komplette Vergesellschaftung aller Glücksspielgeschäfte, Banken und Kreditinstitute könnte ein weiterer wichtiger Schritt sein. Gleichzeitig müsste dafür gesorgt werden, dass zumindest elementare Bedürfnisse, wie eben z.B. ausreichender und leistbarer Wohnraum und ein Mindestlohn von 1.100 Euro, für jede/n garantiert sind, um der Verschuldung eine wesentliche soziale Grundlage zu nehmen. Das Grundproblem liegt letztlich im System: Der Kapitalismus selbst machte das Zocken zur Heilslehre. Der Sozialismus basiert demgegenüber auf demokratischer Planwirtschaft, in der wenig gesellschaftlicher Raum für (Ab)Zocke bestehen bleiben wird ...

Zahlreiche Aktivitäten der SLP im Februar

SozialistInnen trotzen Schnee & Eis



“Dürsten musste wenigstens niemand; schließlich hatte man am Eingang, gleich neben der Kolporteurin von "Vorwärts, der sozialistischen Zeitung gegen Sozialabbau" Gratis-Mineralwasser auffassen können.”

Der Standard, Bericht von der Bank Austria Betriebsversammlung im Austria Center, 22.2.2005

Die SLP war allerdings im Februar nicht nur unterwegs, um mit den KollegInnen der Bank Austria-CA ins Gespräch zu kommen. Wir haben ein österreichisches Solidaritätskomitee für die slowakischen PapierarbeiterInnen von Mondi ins Leben gerufen und eine Aktion vor der Industriellenvereinigung organisiert. Mehrere Verkaufsfaktionen gab es wieder vor dem Hanusch-Spital in Wien. Auch auf der "5 Jahre Donnerstagsdemonstration" waren mehrere SLP-Mitglieder aktiv. An-

lässlich des Jahrestages "12. Februar 1934" beteiligten wir uns gemeinsam mit anderen Linken an einem Gedenksparzierung, auf dem auch eines unserer Mitglieder über aktuelle und historische Zusammenhänge zwischen Markt-radikalismus und Rechtsextremismus sprach. Ebenso umtrieblich war Sozialistischer Widerstand International: Rassistische Beschmierungen und Nazisprüche wurden in einer konzentrierten Aktion in Floridsdorf beseitigt. Auf einer eiskalten Demonstration ge-

gen Ministerin Gehrler in Wien wurden Unterschriften gesammelt und in Scheibbs fand erstmals ein SWI-Treffen statt. SWI plant bereits die Aktivitäten zum 8. Mai - Tag der Befreiung vom Faschismus.

ZWISCHENSTAND DER
SPENDENKAMPAGNE FÜR
CWI IN SRI LANKA

In Hilfsgütern oder Bargeld per 24.2.2005 in Sri Lanka angekommen: Euro 2.535,84,-. Die Spendenaktion wird nicht nur fortgesetzt; wir werden

auch in den kommenden Wochen einen Gewerkschafter aus Sri Lanka bei uns zu Gast haben, um uns direkt über die Situation zu informieren.

NEUE MITGLIEDER

Besonders freuen wir uns, wieder zwei neue Mitglieder in den Reihen der SLP begrüßen zu können: Gerhard aus Linz und Gilbert aus Wien. Mit beiden Genossen haben wir ausführlich die Inhalte und Forderungen unserer Partei diskutiert. Sie sind eine tolle Verstärkung für unsere künftige Arbeit: Herzlich willkommen!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mi. um 19.00 Uhr, dzt. auf Lokalsuche, Tel. 01/524 63 10

SLP-Ortsgruppe Wien-Süd

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz

Jeden Freitag, 18.00 Uhr "Alte Welt" (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Donnerstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

SLP-Amstetten

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

jd. Montag, 17.30 im Amerlinghaus, Wien 7., Stiftgasse 8.

SWI in Salzburg

jd. Do. 19.30 Uhr im "Shakespeare", Hubert-Sattler-Gasse 3

SWI-Amstetten

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Argumente gegen den Neoliberalismus!

Die SLP bietet zu vielen aktuellen und historischen Themen Broschüren an, welche Antworten auf brennende Fragen aus der Sicht von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Frauen Antworten formulieren.

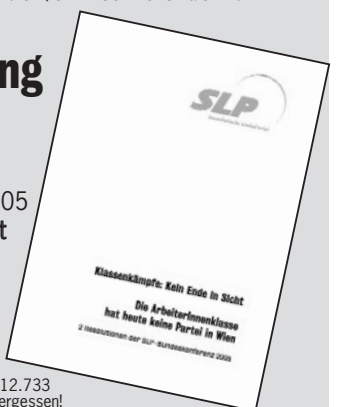
Ein Gesamtverzeichnis der verfügbaren Titel (Von A wie Arbeitszeitverkürzung bis Z wie Zapatistenaufstand in Chiapas) kannst du / können Sie unter Tel. 01/524 63 10 ordern.

Unsere Empfehlung des Monats:

Dokumente der SLP-Konferenz 2005
Klassenkämpfe: Kein Ende in Sicht
Resolution zur Wiener Wahl

A5, 20 Seiten, EUR 2,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!





Neues aus dem CWI

Dorniger Weg
zur neuen
ArbeiterInnenpartei

Deutschland: Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in NRW steht die "Alternative Soziale Gerechtigkeit" ASG vor einer inneren Zerreißprobe. Der Bundesvorstand der ASG will an unserer Schwesterpartei SAV offensichtlich ein Exempel vollziehen und unsere GenossInnen mit zum Teil absurden Vorwürfen aus dieser neuen Partei drängen. Bis jetzt gab es weder eine breite Information noch Diskussion in der Mitgliedschaft. Klar scheint, dass es einem Teil der ASG-Führung um eine Abgrenzung nach links geht. Die SAV-GenossInnen meinen dazu: "Die kontroverse Debatte muss jetzt im Hinblick auf den Bundesparteitag geführt und die offenen Fragen beantwortet werden. Die ASG hat nur eine Zukunft, wenn sie breit und demokratisch wird. Aber die Partei muss auch nach außen gewendet und der Wahlkampf in NRW engagiert geführt werden. SAV-Mitglieder werden dies mit aller Kraft tun."

Auführliche Stellungnahme:
www.sozialismus.info

Sieg für kämpferische
Gewerkschaftspolitik

Britannien: Nach Jahrzehnten der Niederlagen für die britische Gewerkschaftsbewegung gibt es nun erstmals wieder landesweite Erfolge. Nach einem langen Arbeitskampf im öffentlichen Dienst schlägt die Gewerkschaft PCS (Gewerkschaft der Staatsangestellten) ihren Mitgliedern einen Tarifvertrag zur Annahme vor, welcher bis zu 20 Prozent Lohnerhöhung bedeutet. PCS-Vorsitzende Janice Godrich ist Mitglied der International Socialists, der Schwesterorganisation der SLP in Schottland, der Stellvertretende Generalsekretär und mehrere Vorstandsmitglieder sind aktiv in der Socialist Party, der Schwesterpartei der SLP in England und Wales. Generalsekretär Mark Serwotka ist ebenfalls überzeugter Sozialist. Der Arbeitskampf in der Behörde für Arbeit und Renten (DWP) hatte sich über 18 Monate hingezogen. Dazu gehörten sechs Streiktage, viele spontane Aktionen, Dienst nach Vorschrift und die Weigerung der Kolleginnen und Kollegen, Überstunden zu machen. Im Laufe der Aktionen konnte die Gewerkschaft PCS 17.000 neue Mitglieder (bei 300.000 Mitgliedern insgesamt) gewinnen.

www.socialistworld.net

Lohnerhöhungen in der Slowakei – unser Gewinn!

Der Arbeitskampf der KollegInnen in Ruzomberok aus Sicht einer jungen Sozialistin

Von Nadine Schenner,
SLP Wien-Mitte

In den letzten Jahren drängen immer mehr Unternehmen auf den osteuropäischen Markt: Billiglöhne, märchenhaft niedrige Steuern und schwache Gewerkschaften scheinen gute Profite zu garantieren. Neusiedler/ Mondri – ein multinationaler Konzern mit Werken und Verkaufsstellen in Ungarn, Israel, Österreich und anderen Ländern – ist ein solches Unternehmen. Im slowakischen Ruzomberok tobte seit einiger Zeit ein heftiger Arbeitskampf zwischen dem Konzern und Teilen seiner dortigen Belegschaft.

STELLENABBAU UND
HUNGERLÖHNE

Als Mondri/Neusiedler das Werk übernommen hatte, versprachen sie die Einstellung von 400 neuen Beschäftigten bis 2006. Doch anstatt diesem Versprechen nachzukommen, ist die MitarbeiterInnenzahl von 2.400 auf 2.200 gesunken. Gleichzeitig hat Mondri weltweit einen Gewinn von ca. 1.596 Mrd. Dollar (2003) gemacht. Dazu kommt noch, dass die ArbeiterInnen im slowakischen Werk nur etwa 20% des Gehalts ihrer österreichischen KollegInnen bekommen: 250 Euro pro Monat, bei Lebenshaltungskosten in der Region Bratislava von 90 % des EU-Schnitts.

SLP-Kundgebung für die KollegInnen in Ruzomberok vor der Zentrale der Industriellenvereinigung in Wien.

ARBEITERINNEN WEHREN
SICH VERZWEIFELT

Unter diesen Umständen haben einige ArbeiterInnen im September 2004 eine Unterschriftenliste für eine Erhöhung der Stundenlöhne um 50 Kronen (das sind 1,25 Euro) pro Stunde organisiert. Inzwischen haben bereits 1223 ArbeiterInnen des Werks für Lohnerhöhungen unterschrieben. Die Antwort auf diese Initiative waren Einschüchterungen der MitarbeiterInnen durch Management und die offizielle Gewerkschaft, sowie die Kündigungen von 5 Leuten, welche die Liste organisiert hatten. Vor allem hat die offizielle Gewerkschaft diesen Kündigungen nicht widersprochen, weshalb den Kollegen nichts anderes übrig blieb, als eine neue Gewerkschaft zu grün-

den: Die ZOO-Papier. Die Firmenleitung reagierte darauf mit der Entlassung von weiteren 14 Aktivisten. Die ZOO-Papier erfüllt alle Kriterien, die eine Gewerkschaft erfüllen muss und ist somit offiziell anerkannt – wie übrigens dutzende andere Gewerkschaften in der Slowakei. Nur die Firmenleitung ist nicht bereit, auch nur Verhandlungen mit der ZOO-Papier aufzunehmen. Sie will den Konflikt aussitzen und hat die fünf mittellosen Kollegen auf 20 Mill. Kronen (ca. 500.000 Euro) "Schadenersatz" verklagt!

WAS GEHT UNS DAS AN?

Immer wieder sind ArbeiterInnen in Österreich davon betroffen, dass Firmen in Länder abwandern, wo sie billiger produzieren können bzw. sie verwenden die Zweigstellen in

den anderen Ländern, um hier bei uns den Lohn drücken zu können, nach dem Motto: "Regt euch nicht über Überstunden oder euer Gehalt auf, wir könnten auch abwandern und dann habt ihr gar keinen Job mehr." Deshalb ist es für die Unternehmensleitung ziemlich wichtig, dass sie Werke in verschiedenen Ländern gegeneinander ausspielen kann. Interessant ist auch zu wissen, dass z.B. in der Unternehmensleitung im Mondri Werk in Ruzomberok der Österreichische Industriellenvereinigte Veit Sorger das Sagen hat. Nun stellt sich die Frage: "Warum sollte er die Ausbeutung, die er in der Slowakei betreibt, nicht auch bei uns einführen?" Aus diesem Grund ist es gerade in der heutigen Zeit des sogenannten Lohnrückens sehr wichtig, sich mit den ArbeiterIn-

nen anderer Werke zu solidarisieren, das heißt ihren Arbeitskampf zu unterstützen. Denn wenn die ArbeiterInnen z.B. in der Slowakei genauso viel verdienen würden wie wir, dann müssten wir nicht in ständiger Angst leben, dass die Unternehmen in andere Länder abwandern. Wir rufen deshalb vor allem die betroffenen österreichischen Gewerkschaften – wie Druck, Journalismus, Papier und die Gewerkschaft der ChemiearbeiterInnen – auf, die KollegInnen in der Slowakei solidarisch zu unterstützen!

Österreichische GewerkschafterInnen sind solidarisch mit den slowakischen KollegInnen und fordern:

- ✗ Die Wiedereinstellung der 14 jüngst Gekündigten sowie der fünf ursprünglich gekündigten AktivistInnen
- ✗ Ein Ende der Kündigungen
- ✗ Sofortige Aufnahme von Verhandlungen über die ursprünglichen Forderungen der Beschäftigten sowie das von "ZOO Papier" geplante Sozialprogramm
- ✗ Die offizielle Anerkennung der Vertretung der Beschäftigten, ZOO Papier

Forderungen aus dem Brief der SLP an Dr. Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung Österreich und Vorsitzender des Mondri Aufsichtsrates

Sri Lanka nach dem Tsunami

Anlässlich des Besuchs eines Genossen aus Sri Lanka im März ein aktueller Lagebericht

Jan Rybak, SLP Salzburg

Etwa zwei Wochen war Sri Lanka auf Grund der Flutkatastrophe in allen Schlagzeilen. Mittlerweile ist es still geworden. Über 1.000.000 Menschen sind direkt vom Tsunami betroffen. 30.000 Menschen sind ihm zum Opfer gefallen. Zwischen 549.000 und 896.000 Familien sind obdachlos.

NACH DER KATASTROPHE

Täglich müssen sich Menschen bis zu zehn Stunden anstellen, um Lebensmittel, sauberes Wasser und Medikamente zu bekommen. Die Regierung behandelt ihre eigenen BürgerInnen wie Bettler. Die einzige finanzielle Entschädigung, welche die Betroffenen erhalten, sind 5.000 Rupien (ca. 38 Euro) im Falle eines Begräbnisses von Angehörigen. Oft herrscht das "Recht des Stärkeren", wenn es um die Verteilung der lebensnotwendigen Güter geht. Es häufen sich auch die Berichte darüber, dass die Armee große Teile der Hilfslieferungen beschlagnahmt und für sich selbst verwendet. Die United Socialist Party (USP) – die Sri

Lankesische Sektion des Komitee für einen ArbeiterInneninternationale – kämpft für die demokratische Verteilung der Hilfslieferungen durch gewählte Komitees der Betroffenen.

TSUNAMI ALS ALIBI
FÜR DIE HERRSCHENDEN

Seit der Unabhängigkeit Sri Lankas von der britischen Kolonialmacht schwelt ein Konflikt zwischen der tamilischen Minderheit (ursprünglich südindische PlantagenarbeiterInnen, die ab 1840 von den Briten nach Sri Lanka geholt wurden) im Norden und Osten, und den SinghalesInnen, der Bevölkerungsmehrheit (etwa 74%). In den 80er Jahren kam es zum Krieg der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam), die einen unabhängigen TamilInnenstaat im Norden und Osten fordern, und den Regierungstruppen. Vor der Flutkatastrophe am 26. Dezember 2004 zeichnete sich eine neue Zuspitzung des Konfliktes ab. Die Katastrophe wird von der Regierung benutzt, um weiter gegen die TamilInnen vorzugehen. Im Zuge dessen wurden alle Zufahrtswege in die tamilisch

kontrollierten Inselteile von der Armee gesperrt, um der tamilischen Bevölkerung keine Hilfslieferungen zukommen zu lassen. Angesichts der Auflagen von IWF und Weltbank wird von der Regierung massiver Sozialabbau betrieben, und auch Wasser, Elektrizität, Öl, und Teile der Eisenbahnen sollen privatisiert werden. In vielen Städten des Landes gibt es Bewegungen gegen die Politik der Regierung.

USP IM KAMPF FÜR
ARBEITERINNENRECHTE

Die United Socialist Party stellt in Sri Lanka eine Besonderheit dar, da sie die einzige sozialistische Partei ist, in der sowohl SinghalesInnen als auch TamilInnen organisiert sind. Sie beteiligt sich im Kampf gegen die Privatisierungs- und Sozialabbaupolitik der Regierung, und fordert demokratische Kontrolle über die Hilfslieferungen. Sie tritt für volles Selbstbestimmungsrecht aller in Sri Lanka lebenden Menschen und das Recht der TamilInnen auf Selbstbestimmung ein.

Spenden: PSK 8812.733
Kennwort: Sri Lanka



T E R M I N E

im März, Wien, Linz, Salzburg

DISKUSSION:

"Sri Lanka: Tsunami, Bürgerkrieg und Neoliberalismus"
Bericht über die Lage nach der Katastrophe und die politische Arbeit der USP

VON UPUL NISANTHA SIRIWARDANA, Mitglied des Free Trade Union Centre & der USP, der sri-lankesischen Schwesterpartei der SLP.

Samstag, 19. März, 18³⁰ Uhr
Amerlinghaus, Wien 7., Stifg. 8

Montag, 21. März, 18³⁰ Uhr
Gewerkschaft d. Chemiearbeiter,
Wien 6., Stumpferg. 60

Dienstag, 22. März, 18³⁰ Uhr
in Linz, Lokal bitte unter Tel.
01/524 63 10 erfragen.

Mittwoch, 23. März, 18³⁰ Uhr
in Salzburg, Lokal bitte unter
Tel. 01/524 63 10 erfragen.

Naziszene kann zerschlagen werden

Fühlen sich Neonazis auch in Österreich im Aufwind?

John Evers, SLP Wien-Nord

„Nationale Weltanschauung und Umsetzung in den politischen Kampf“, unter diesem Titel mobilisiert der rechtsextreme „Bund Freier Jugend“ zum „Tag der volkstreuen Jugend“ am 19. März 2005. Einmal mehr ist Oberösterreich Zentrum dieses jährlich stattfindenden Naziauftriebs. Auch in der deutschen rechten Szene wird dafür geworben: Auf der Terminliste der „Deutschen Stimme“ findet sich das BFJ-Treffen gleich neben Themen wie „Biologische Kriegsführung? Die Masseneinwanderung vor dem Hintergrund globaler Kriegsziele“ und Demonstrationen aufrufen der NPD. 2004 nahmen an dieser „Tagung“ des BFJ laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes „rund 100 Rechtsextremisten und Neonazis aus Österreich und Deutschland“ teil.

NAZISZENE IN VORARLBERG

Auch Vorarlberg wurde in den letzten Jahren zu einem Tummelplatz der internationalen Naziszene. In der Skin Szene rekrutiert und organisiert eine internationale konspirativ agierende Gruppe; mit „Tollshock“ ist eine szenebekannteste rechtsextreme Band in Vorarlberg beheimatet; die Fußballkultur ist rechts unterwandert (bei den „Schwarz-Weißen“, „Walhalla“ - Stube in Lustenau) eine „Kameradschaft“ nimmt das Erbe der SS auf, und im Mittelschülerbereich agiert eine akademische Kameradschaft, deren „alter Herr“ in der Szene nicht unbekannt sein soll. Die Landessicherheitsdirektion in der ÖVP-



Hochburg Vorarlberg schaute der Reorganisation und Finanzierung der Szene tatenlos zu. (Aus dem Aufruf zur internationalen Demonstration gegen Rechts am 26.2., redaktionell gekürzt)

SLP UND SWI MOBILISIEREN

Für SLP und SWI-Mitglieder aus Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg ist es selbstverständlich, die Kampagne gegen die Szene in Vorarlberg aktiv zu unterstützen und auch in anderen Bundesländern bekannt zu machen. In Oberösterreich spielen wir selbst eine zentrale Rolle beim Kampf gegen den BFJ. Wir setzen uns dafür ein, dass man versucht, Nazitreffen durch möglichst breite Mobilisierungen tatsächlich zu verhindern. Auch aufgrund der erfolgreichen und starken Antifa-Demo im Oktober 2004 in Linz wagt es der BFJ bis heute nicht, seine Veranstaltungsorte öffentlich anzukündigen. Am „Tag der Volkstreuen Jugend“ werden wir uns deshalb bemühen, flexibel zu bleiben um falls möglich, dort hinzufahren, wo sich die

extreme Rechte tatsächlich treffen möchte.

WARUM SIND NAZIS HEUTE GEFÄHRLICH?

Wir sind der festen Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen mit Nazigruppen wie dem BFJ nichts zu tun haben will. Warum halten wir diese trotzdem für gefährlich? Erstens wissen wir, dass Nazis immer - vor allem, wenn sie sich stark genug fühlen - eine gewalttätige Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen und Linke bedeuten. In diesem Sinne: Wehret den Anfängen! Zweitens erhalten die rechten Hetzer täglich neue Unterstützung durch die offizielle Politik und die Medien: Auf der Homepage des BFJ findet sich z.B. nicht nur ein Bild von „Prinz“ Harry mit Hakenkreuzarmbinde, sondern jede Menge Hetze gegen TürkInnen, angebliche schwarze Drogendealer, so genannten „Asylmissbrauch“ ... All das sind auch die Themen etablierter Parteien, allen voran der FPÖ und der schwarz-blauen Bundesregierung, die

beispielsweise ernstlich planen, Flüchtlingsberatungsstellen künftig wegen „Anstiftung zum Asylbetrug“ zu kriminalisieren (siehe Seiten 4 und 5). Doch nicht nur dadurch werden Nazis gestärkt.

WAS BIETEN „DIE DA OBEN“ JUGENDLICHEN HEUTE?

Nichts! Vergleicht man beispielsweise das Jahr 2004 mit 2000, so stieg die Jugendarbeitslosigkeit in Oberösterreich im Jahreschnitt um ungläubliche 51,8%! Die wachsende Entfremdung gegenüber einer Politik die Verschlechterungen als Reformen verkauft und einem kapitalistischen System, das in Österreich - mit mindestens 360.000 Menschen ohne Arbeit - einen neuen Negativrekord zu verbuchen hat, ist heute Dreh und Angelpunkt antifaschistischer Strategie. BFJ und andere geben sich angesichts solcher Entwicklungen in ihrer Propaganda betont „antikapitalistisch“. Wie die Nazis damals behaupten sie auch heute über sich: „Eine Bewegung kennt keine Klassen, Stände, Unterschiede ihrer Angehörigen“. Was sie

allerdings als Rechtsextreme tatsächlich anstreben, ist eine Gesellschaft der Ungleichheit, in der sich vor allem Besitzlose und sozial Schwache mit ihrem Schicksaal abzufinden haben und MigrantInnen vertrieben werden: „Jeder an seinem Platz“ fordert der BFJ folgerichtig wörtlich!

UNSER BEITRAG ZUM „GEDENKJAHR“: ANTI-FASCHISMUS UND SOZIALISMUS

Die ArbeiterInnenbewegung und die mit ihr verbundenen Jugend-Bewegungen stehen in einer stolzen antifaschistischen Tradition: Der Grossteil des aktiven Widerstandes gegen das NS-Regime und gegen den Austrofaschismus wurde von KommunistInnen und revolutionären SozialistInnen geleistet. Kapitalismus bedeutet heute wieder wachsende soziale Not und steigende Hetze gegen MigrantInnen, JüdInnen etc ... Wir kämpfen deshalb für einen Antifaschismus mit Alternativen zum bestehenden System: Eine Gesellschaft der sozialen Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen - den Sozialismus.

TERMINE

Do., 17. März, Salzburg

DISKUSSION: „Der rechtsextreme Bund freier Jugend“ SLP & SWI Salzburg (siehe S.6)

Fr., 18. März, Linz

KUNDGEBUNG: „Stop BFJ! Verhindert das Nazitreffen in OÖ“ 15³⁰ Uhr, Hauptbahnhof Linz, anschließend gemeinsame Fahrt nach Marchtrenk, wo das Nazitreffen stattfinden soll.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten „Dritten Welt“, Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!